

# Kretschmann will vorerst nicht lockern

Ministerpräsident möchte vor Ostern keine Debatten über Exit-Strategien führen / CDU verweist auf steigende Fallzahlen

Von Roland Muschel und dpa

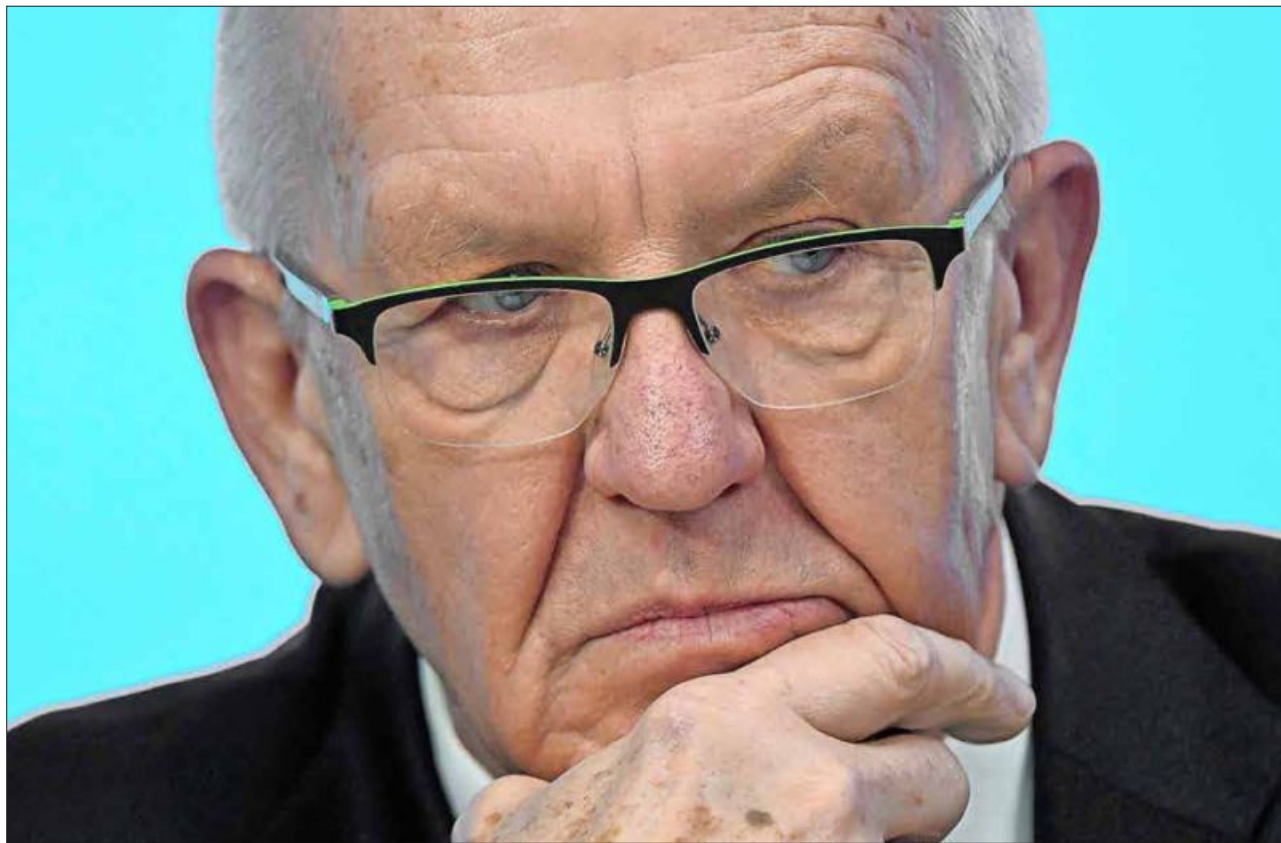
**STUTTGART.** Trotz der Omikron-Wellen werden Rufe nach einer Rückkehr in die Normalität immer lauter – Ministerpräsident Winfried Kretschmann aber tritt auf die Bremse. Er sehe bis mindestens Mitte April keinerlei Chancen für das Ende von Corona-Beschränkungen, sagte der grüne Regierungschef am Dienstag in Stuttgart. Er könne sich nicht vorstellen, dass es vor Ostern zu Ausstiegsstrategien komme.

Immer dienstags nach der Kabinettsitzung stellt sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) den Fragen von Journalisten. Zur Regierungspressekonferenz, im Fachjargon: RPK, begleiten ihn Fachminister in wechselnder Besetzung. Mal darf der Innenminister dabei sein, um ein neues Vorhaben zu präsentieren, mal die Wissenschaftsministerin, mal eine CDU-Ressortchefin, mal ein grüner Kabinettskollege. Nur ein Fachminister war seit März 2020 eine feste Größe in der wöchentlichen Veranstaltung: Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) musste regelmäßig die neuesten Wendungen der Corona-Pandemie und der Strategien zu ihrer Bekämpfung erklären.

An diesem Dienstag aber war Lucha in der RPK nicht dabei – gesichert zum ersten Mal seit Sommer 2021, vielleicht sogar erstmals seit März 2020, so genau weiß das keiner mehr. Formal, weil er parallel einen anderen Termin hatte. Aber die Absenz des von Amts wegen obersten Corona-Bekämpfers des Landes sollte auch das Signal sein, dass nach fast zwei Jahren Pandemie aus Sicht der Regierung wieder andere Themen stärker in den Fokus rücken dürfen.

Fragen zur Corona-Politik hatten die Journalisten dennoch – und anstelle von Lucha hatte nun der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann die Aufgabe, sie zu beantworten.

Der 73-Jährige tat es in der ihm eigenen Art und Weise, mit der Folge, dass seine Corona-Aussagen nun doch für Schlagzeilen sorgen. Gefragt, ob die Landesregierung denn perspektivisch Exit-Strategien bespreche, polterte Kretschmann



Kretschmann will nicht als Corona-Hardliner in Erinnerung bleiben.

FOTO: BERND WEISSBROD (DPA)

los: Vor Ostern sehe er eine solche Debatte überhaupt nicht. „Wir brechen keine Debatte über Exit-Strategien vom Zaun. Das wäre völlig unangemessen und das völlig falsche Signal.“ So habe Baden-Württemberg vor kurzem erst Regeln verschärft, sagte er mit Blick auf die FFP2-Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr. „Das werden wir jetzt nicht durch haltlose Exit-Debatten konterkarieren.“ Man sei immer noch in einer dramatischen Situation. Es gelte, weiter sorgsam die Regeln zu beachten und vor allem, sich impfen zu lassen. „An dieser Front wäre noch sehr viel zu tun anstatt solche Debatten zu führen.“

Er halte sich bei seiner Corona-Politik an die Tatsachen und an den Rat der Fachleute, fügte Kretschmann nach einer Verschnaufpause hinzu. Er habe „keine Gelüste des Durchregierens“, sondern sei offen für Lockerungen, wenn die Lage dies zulasse. „Ich habe nicht die Absicht, als

besonders scharfer Corona-Hardliner in die Geschichte der Pandemie einzugehen.“

Die Sieben-Tage-Inzidenz der Corona-Neuinfektionen liegt im Südwesten derzeit in nur 5 von 44 Stadt- und Landkreisen unter 1000. Auf den Intensivstationen im Land werden derzeit 274 Covid-Erkrankte behandelt. Die Zahl der Corona-Infizierten, die innerhalb einer Woche und pro 100 000 Einwohner in ein Krankenhaus kamen, liegt bei 4,8.

## Rülke kritisiert willkürliches Politikverständnis

Bis zur nächsten Ministerpräsidentenkonferenz Mitte Februar werde man genau beobachten, wie sich die Pandemie in den Krankenhäusern entwickle, sagte Kretschmann. Es gebe derzeit etwa viele Klagen von überlasteten Arztpraxen. Die Inzidenzen schossen durch die Decke.

Eine Regierungssprecherin stellte klar, dass das Land mit dem System aus Alarmstufen ja einen Fahrplan für Lockerungen habe. Lockerungen werde es in dem Maße geben, wie es verantwortbar sei.

„Im Moment sprechen die Fakten eine klare Sprache: Die Fallzahlen wie die Krankenhauseinweisungen steigen“, sagte CDU-Fraktionschef Hagel. „Daher sind wir uns in der Koalition einig, dass wir bis Aschermittwoch weiter konsequent bleiben müssen.“ Die grün-schwarze Koalition habe sich in der Pandemie immer „faktenbasiert, lageabhängig und entlang wissenschaftlichem Rat“ entschieden. Das werde man weiterhin tun.

Die FDP hält gar nichts von Kretschmanns Osterfrist. „Ein erneutes Beispiel für ein völlig willkürliches Politikverständnis“, schimpfte Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke. „Man muss sich doch an der Lage orientieren und nicht am Osterhasen.“ *Leitartikel, Seite 4*

# Weniger Teilnehmer bei Protesten

Corona-„Spaziergänge“ im Land

**STUTTGART** (dpa). Verglichen mit dem Rekordzulauf vor einer Woche sind diesen Montag deutlich weniger Menschen gegen die Corona-Maßnahmen auf die Straße gegangen. An 331 Versammlungen hätten sich rund 50 800 Personen beteiligt, wie Innenminister Thomas Strobl (CDU) am Dienstag dem Kabinett berichtete. Das seien rund 23 000 Teilnehmer weniger als vor einer Woche. Nur 61 Demonstrationen waren angemeldet. Knapp 3000 Polizisten waren im Einsatz. Die Demonstrationen seien weitgehend friedlich verlaufen, berichtete Strobl. Besonders viele Menschen gingen demnach in Pforzheim (5000), Singen im Kreis Konstanz (1500) und Rottweil (1100) auf die Straße. In mehreren Kommunen kam es zu Gegendemos. Die Polizei brachte 85 Straftaten wie Beleidigungen und 236 Ordnungswidrigkeiten zur Anzeige. 78 Platzverweise wurden erteilt.

Seit Wochen protestieren vor allem Gegner der Corona-Maßnahmen regelmäßig. Häufig handelt es sich um sogenannte Spaziergänge, bei denen die Organisatoren ihre Treffen nicht als Veranstaltung anmelden. Mehrere Städte haben solch unangemeldete Proteste untersagt. Vermehrt bildet sich inzwischen Protest gegen diese „Spaziergänge“.

# Rückendeckung für Palmer

Kretschmann will Abstimmung

**STUTTGART/TÜBINGEN** (dpa). Die Kritik am Ausschlussverfahren der Grünen gegen den Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer nimmt in der Partei zu. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hält das Verfahren für einen Fehler und brachte eine neue Abstimmung bei einem Grünen-Landesparteitag ins Gespräch. „Wir haben einen Parteitagbeschluss zu diesem Ausschlussverfahren, das hat der Palmer selber befürwortet. Das Problem kann nur ein Parteitag lösen“, sagte Kretschmann am Dienstag in Stuttgart.

Er bekräftigte seine Kritik an dem Verfahren: „Das ist nicht der Weisheit letzter Schluss.“ Intern wird bei den Grünen befürchtet, dass Palmer als unabhängiger Kandidat die OB-Wahl in Tübingen im Herbst gewinnt und die Partei damit blamiert. Kretschmann hatte dem *Südkurier* gesagt: „Wer soll am Ende was dabei gewinnen? Die Frage muss man sich doch stellen.“

## KURZ GEMELDET

### B31 IM SCHWARZWALD Schnee stoppt Verkehr

Winterliches Wetter hat in den Höhenlagen zu Unfällen und Verkehrsbehinderungen geführt. Nach starkem Schneefall kam der Verkehr auf der Bundesstraße 31 zwischen Freiburg und Donaueschingen bergauf Richtung Hinterzarten in der Nacht zum Dienstag weitgehend zum Erliegen. Lastwagenfahrer sollten die B31 zwischen der Autobahn 5 und Donaueschingen meiden. Alle Laster ab 7,5 Tonnen wurden daher von der Polizei angehalten und zurückgeschickt. Am späten Vormittag wurde die Strecke nach Polizeiangaben schließlich wieder für den Schwerverkehr freigegeben. In der Nacht ereigneten sich wohl witterungsbedingt mehr als 20 kleinere Unfälle, bei denen aber niemand zu Schaden gekommen sein soll. *dpa*

### KARLSRUHE

### Anruf legt Behörde lahm

Wegen eines Drohanrufs haben rund 500 Mitarbeitende des Landratsamts Karlsruhe am Dienstag Gebäude der Behörde in der Stadt selbst und in Bruchsal verlassen müssen. Ein Tatverdächtiger wurde in Stutensee festgenommen, teilte die Polizei mit. Hintergründe waren zunächst unklar. Die Polizei hatte die Räume durchsucht. Nach ersten Erkenntnissen gab es keine Hinweise auf eine konkrete Gefahr. Auslöser war ein „merkwürdiger Anruf“ beim Landratsamt. *dpa*

# Ministerin ordnet Verfüllung an

Paris arbeitet weiterhin daran, die Untertage-Giftmülldeponie Stocamine einbetonieren zu lassen

Von Bärbel Nückles

**WITTELSHEIM.** „Wir dürfen uns nicht zu früh freuen“, hatte die Freiburger Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer jüngst zum Stand der Dinge beim Thema Stocamine geäußert. Und: „Wir können derzeit nicht davon ausgehen, dass der Müll geborgen und entsorgt wird.“ Nach mehreren Wendungen Ende vergangenen Jahres – die französische Regierung versuchte per Gesetz ein Gerichtsurteil zu umgehen, das Verfassungsgericht schritt dagegen noch vor Jahresende ein – ist jetzt zumindest klar, was bis zur Präsidentschaftswahl in Frankreich in zweieinhalb Monaten noch geschehen soll.

Der Präfekt des Haut-Rhin in Colmar hat auf Geheiß von Umweltministerin Barbara Pompili angeordnet, dass Block 15, jener Bereich, in dem es 2002 in der Untertagedeponie Stocamine gebrannt hatte, umgehend verfüllt und damit stabilisiert wird. Bei den zeitnah vorzunehmenden Arbeiten soll allerdings nach Maßgabe der Ministerin gewährleistet sein, dass sie reversibel sind. Ebenfalls auf Initiative der Ministerin fordert der Präfekt die für Stocamine verantwortlichen elsässischen Kalibergwerke (MDPA) auf, bis in spätestens vier Monaten einen neuen Antrag für eine Endlagerung zu stellen.



Tests zur Versiegelung der Deponie gab es bereits.

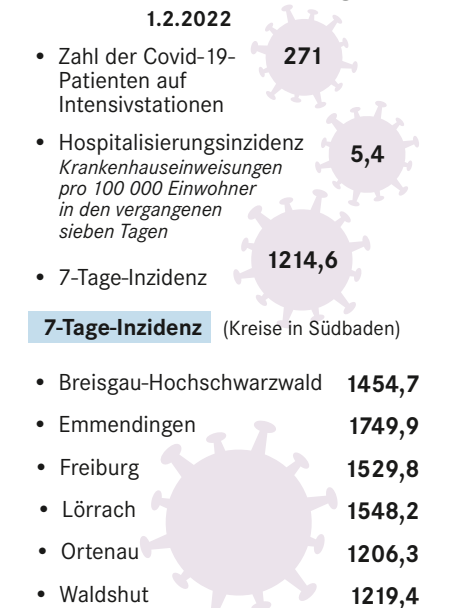
sen Konsens. Die verbliebenen Behälter enthalten zu einem großen Teil Abfälle mit Asbest, aber auch andere Substanzen, die, in den kommenden Jahrzehnten ins Grundwasser übergehen könnten. So begrüßt der konservative Präsident der elsässischen Gebietskörperschaft Elsass (CEA), Frédéric Bierry, zwar, dass ein neues Genehmigungsverfahren eine Gelegenheit sei, die Risiken zu prüfen. Bierry positioniert sich jedoch klar dafür, dass so viel des Giftmülls wie möglich herausgeholt wird und kritisiert ebenso wie die Region Grand Est, dass der Staat und die Leitung von Stocamine jegliche Zusammenarbeit verweigern.

Pompili hatte im Januar 2021 entschieden, dass die mehr als 40 000 Tonnen verbliebenen Abfälle in Stocamine mit Beton eingeschlossen werden sollen. Nach einer Klage hatte ein Gericht die Entscheidung im Oktober gekippt.

Pompili drängt also auf eine schnelle Lösung, die sich im rechtlich zulässigen Rahmen bewegt. Ihr neuerliches Vorsehen kommt im Elsass bei vielen nicht gut an. Denn, wenn man sich bei etlichen Themen zwischen den politischen Lagern uneins ist: Stocamine, Ende der 1990er-Jahre in einem 500 Meter tiefen, stillgelegten Salzbergwerk in der Nähe von Mulhouse eingerichtet, schafft einen gewis-

Der grüne Senator Jacques Fernique stellt fest: „Für mich ist es schockierend, dass die MDPA als Unternehmen, das zu hundert Prozent dem Staat gehört, sagt, sollte doch für eine vollständige Rückholung entschieden werden, dann nur ohne uns.“ Anfang der Woche hat sich Fernique mit Mitgliedern aus der Senats-Umweltkommission ein Bild vor Ort gemacht. Während für Stocamine und die Präfektur die Endlagerung als Ultima Ratio erscheine, hätten die CEA und die Region sowie deren Fachleute bei den Gesprächen überzeugend die Risiken dargelegt. Dass nämlich eine Verschließung mit Beton das Eindringen des Grundwassers nicht verhindern könne.

## Corona-Statistik für Baden-Württemberg



Weitere aktuelle Daten zum Coronavirus: <https://mehr.bz/dashboard>